

Presseinformation 50/2023

Aus der Zeit gefallen

Der Klimawandel trifft die Landwirtschaft. Von 1980 bis zum Ende des Jahrhunderts wird es in Rheinland-Pfalz 70 Tage weniger Frost, 70 zusätzliche Sommertage und keine Eistage mehr geben. Die mittlere Temperaturerhöhung wird für für das Bundesland auf 3-4 Grad Erhöhung prognostiziert, wenn es jetzt keinen deutlichen Klimaschutz gibt. Das sind die Ergebnisse des Kompetenzzentrum Klimawandelfolgen in Rheinland-Pfalz. Als Konsequenz müsse insbesondere die Land- und Forstwirtschaftsbranche notwendige Klimaschutzmaßnahmen unterstützen, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt.

Sich sowohl klimaschädliche Subventionen wie auch Ertragsausfälle wegen des Klimawandels aus Steuerermittel ersetzen zu lassen, sei aus der Zeit gefallen, so der Wirtschaftsverband. Steuerliche Vergünstigungen für fossilen Agrardiesel, Diesel oder Flugbenzin aus Erdöl müssten schnellstmöglich verschwinden. Deshalb habe man kein Verständnis für die aktuellen Protestaktionen in der Landwirtschaft. Die Branche wisse seit langem, dass sie ihre Gerätschaften mit Treibstoff auf Pflanzenölbasis und mittelfristig auf elektrische Energie umstellen müsse. Das Beharren auf Vergünstigungen für klimaschädliche Treibstoffe sei dagegen keine Lösung.

Durch die von der CDU initiierten Verfassungsklage gegen den Transformationsfonds sei der Spielraum für Umstellungsbeihilfen sehr eng geworden. Das derzeitige Wehklagen zu Kürzungen und Subventionsabbau belege wie schlecht die Schuldenbremse von der Vorgängerregierung konstruiert wurde. Es müsse zu einer Reform kommen. Zukunftsinvestitionen in Sachwerte und Investitionen in zukunftsfähige Produktionsumstellungen seien keine Schulden.

Wenn ein Aussetzen der Schuldenbremse nur bei plötzlich und kurzfristig auftretenden Ereignissen definiert werden könne, gehe dies an der Lebenswirklichkeit vorbei. Denn der Klimanotstand sei kein kurzfristiges Phänomen. Die CDU Merkelregel, dass Probleme erst angepackt werden, wenn Schäden entstanden sind, sei beim Thema Klimaschutz weltfremd und wissenschaftsfeindlich. Man könne nicht erst handeln, wenn der Klimanotstand zu nicht wieder revidierbaren Klimaveränderungen und Katastrophen geführt habe, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt.